

Bundespolitik bereitet große Sorge

Appelle. Landtagspräsidenten beklagen Verlust von Vertrauen / AK macht Druck bei Öffis



MARTIN GEBHART

Politische Randnotizen

Es war ein routinemäßiges Treffen und doch etwas Besonderes. In Linz kamen die Landtagspräsidenten der neun Bundesländer erstmals seit der Corona-Krise wieder physisch zusammen, um aktuelle Themen zu besprechen. Als Gäste waren Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) und der steirische Bundesratsvorsitzende Christian Buchmann (ÖVP) geladen.

Diskutiert wurde dabei unter anderem über den Vertrauensverlust der Bürger in die Politik, über den derzeitigen Zustand der Bundespolitik im Schatten des Ibiza-U-Ausschusses. Die große Sorge darüber, wie auf dieser Ebene derzeit agiert wird, bestimmte das Gespräch. Niederösterreichs Landtagspräsident Karl Wilfing (ÖVP) sprach das danach auch deutlich an: „Wenn man derzeit Me-



Arbeiterkammerpräsident Markus Wieser traf ÖBB-Vorstand Andreas Matthä, um über die Öffis zu diskutieren

dien konsumiert, hat man das Gefühl, dass es viele Politikerinnen und Politiker gibt, die sie sich lieber mit sich selber und ihren Kolleginnen und Kollegen beschäftigen, als mit dem Alltag der Menschen – wofür sie aber eigentlich gewählt sind.“

Wie das Vertrauen zurückgewonnen werden kann, beantwortete Wilfing so: „Wir müssen den Menschen erklären, wie Politik funktioniert. Sie ist – egal ob auf Gemeinde-

Landes-, Bundes- oder EU-Ebene – ein Wettbewerb der Ideen mit dem Ziel, die Lebensqualität zu erhöhen und den Menschen bei ihren alltäglichen Herausforderungen zu unterstützen.“ Initiativen wie der Berufsschullandtag oder das Besucherzentrum des Landtags in NÖ würden helfen.

Wobei dann noch immer die Frage bleibt, ob solche wichtige Aktionen auch die nötigen Früchte tragen können, wenn Schüler oder Besucher tagtäglich erkennen müssen, dass die Szenen aus der Bundespolitik mit dem nicht übereinstimmen, was ihnen über Politik erzählt worden ist.

Bei der Konferenz wurde auch das geplante Informationsfreiheitsgesetz besprochen. Da wird der derzeitige Entwurf der Bundesregierung von den Landtagen einheitlich abgelehnt.

Noch immer gibt es keine Einigung darüber, wie das von Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) initiierte billigere 1-2-3-Klimaticket umgesetzt wird. Die Ministerin will, dass noch heuer zumindest das 3er-Jahresticket um 1.095 Euro für alle Öffis in Österreich Wirklichkeit wird. Verkehrslandesrat Ludwig Schleritzko pocht mit seinen Kollegen in Wien und im Burgenland darauf, dass endlich die Finanzierung geklärt sein muss. Außerdem will man auch die Stufen 1 und 2 – 365 Euro pro Bundesland für ein Jahr bzw. 730 Euro für zwei Bundesländer – gleichzeitig umsetzen.

In dieses Tauziehen ist nun ein weiterer Player eingestiegen: Markus Wieser, Präsident der Arbeiterkammer NÖ. Der hat von den Professoren Günter Emberger und Tadej Brezina von der TU Wien eine Studie zum öffentlichen Verkehr in NÖ erarbeiten las-

sen, verbunden mit Lösungsvorschlägen zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs.

In der Landesregierung reagierte man positiv darauf und bekundete Bereitschaft, gemeinsam an einer Verbesserung zu arbeiten. Jetzt traf sich Markus Wieser auch mit ÖBB-Vorstand Andreas Matthä, um auch ihm die Studienergebnisse zu präsentieren. Dessen Reaktion: „Die Studie der AK zeigt interessante Ansätze zur Verbesserung des Verkehrsangebots und damit zur Verkehrsverlagerung von der Straße hin zu Bus und Bahn“

Weitere Gespräche sollen folgen, auch mit anderen Öffi-Anbietern. Und vielleicht wird mit der erweiterten Runde eher ein Weg gefunden, um zu einer Öffi-Lösung zu kommen, die alle Seiten zufriedenstellen kann. Viel Zeit ist aber nicht mehr, wenn das Klimaticket noch heuer umgesetzt werden soll.

Sieben Millionen für Weiterbildung

Neue Richtlinien für Förderung

Arbeitsmarkt. Sieben Millionen Euro stellt das Land Niederösterreich für berufliche Bildungsmaßnahmen zur Verfügung. Im vergangenen Jahr konnten damit rund 3.000 Anträge bewilligt werden. Um diese Bildungsförderung noch bedarfsorientierter zu machen, werden nun mit 1. Juli die Fördervoraussetzungen neu geregelt: Die Einkommensgrenze steigt von 3.000 auf 4.000 Euro, je nach monatlichem Bruttoeinkommen werden bis zu 80 Prozent (maximal 2.500 Euro) der Kurskosten übernommen.

Voraussetzung für eine Genehmigung ist, dass die Bildungsmaßnahme der berufsspezifischen Weiterbildung dienen muss. „Das bedeutet, dass die neuen Qualifikationen entweder unmittelbar im Beruf zur Anwendung gelangen oder Voraussetzung für eine Höherqualifizierung im entsprechenden Arbeitsfeld sind“, erklärt Landesrat Martin Eichtinger.

Die NÖ Bildungsförderung richtet sich an Berufstätige aus der Privatwirtschaft, Arbeitnehmer, die Kinderbetreuungsgeld oder Weiterbildungsgeld beziehen, Wiedereinsteigerinnen (bis zu fünf Jahren nach der Karenz ohne AMS-Bezug) und öffentliche Bedienstete aus dem handwerklichen Bereich.

Weitere Programme

Im ersten Quartal 2021 wurden schon 819 Anträge bewilligt. „Besonders gefragt sind neben der allgemeinen Bildungsförderung Sonderschienen im Bereich Digitalisierung und Berufsreifeprüfung“, so Eichtinger. Weitere Sonderprogramme der NÖ Bildungsförderung sind etwa „NÖ Lehre Plus“, der NÖ Weiterbildungsscheck und die Fachkräfteinitiative Pflege und Soziales.

Nähere Infos unter www.noel.at/arbeitsmarkt oder auch per eMail unter bildungsfoerderung@noel.gv.at

Mehr Zuzug als Abwanderung in NÖ

Demografie. Trotz sinkender Geburten- (-0,3 Prozent) und steigender Sterberate (+6,8 Prozent) konnte in Niederösterreich für das Jahr 2020 laut Statistik Austria ein Bevölkerungswachstum von 0,39 Prozent im Vergleich zum Jahr davor verzeichnet werden. Grund dafür ist der Zuzug ins Bundesland – vor allem aus dem Ausland: 16.100 Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft haben sich angesiedelt, Wegzüge

ins Ausland gab es rund 10.900. Zu drei Vierteln stammt der Zuzug aus dem Ausland aus anderen EU-Staaten sowie Großbritannien, die größte Gruppe bildeten Deutsche, Rumänen und Kroaten. Was den Zuzug aus Österreich betrifft, verzeichnet Niederösterreich mit 5.395 Personen den größten Wanderungsgewinn aus allen anderen Bundesländern. Den stärksten Zuzug gab es in den Bezirken Bruck/Leitha, Baden und Tulln.

Nahe liegendes bei SPAR



statt 11.99
6.99

-41%

Karreesteak aus Österreich, vom Schwein, grillfertig mariniert, ca. 400-g-Packung, in **Selbstbedienung**, per Kilo



statt 23.99
19.99

Ersparnis **4.-**

Beiried aus Österreich, vom Qualitätsrind, ideal zum Braten und Grillen, in **Bedienung**, per Kilo

Angebote gültig von 10. – 16.06.2021 exklusiv bei: SPAR Gourmet EUROSPAR INTERSPAR

Solange der Vorrat reicht. Druck- und Satzfehler vorbehalten.



Christian Buchmann, Karl Wilfing und Wolfgang Sobotka